



**Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld**

Coesfeld, den 07.10.2012

An den Bürgermeister  
der Stadt Coesfeld  
Herrn Heinz Öhmann  
Markt 8  
48653 Coesfeld



Sehr geehrter Herr Öhmann,

die Fraktion **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** bittet Sie folgenden Antrag zu einem Grundsatzbeschluss zum Thema Einvernehmensersuchen in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen.

**Grundsatzbeschluss:**

- Die Verwaltung wird verpflichtet, die Ratsmitglieder sofort zu informieren, sobald ein entsprechendes Einvernehmensersuchen im Rathaus eingegangen ist.
- Die Verwaltung wird verpflichtet, rechtzeitig vor Ablauf der Zwei-Monats-Frist eine Ratssitzung einzuberufen, auf der über die Versagung des Einvernehmens entschieden wird.

**Begründung:**

Die derzeitigen Massentierhaltungsformen, die auf die Bedürfnisse der Tiere und die Umweltauswirkungen (Gesundheit, Naturschutz, Landschaftsschutz) wenig Rücksicht nehmen, stehen zunehmend in der Kritik.

Gleichzeitig steigt die Zahl beantragter und genehmigter Massentierhaltungsanlagen.

Kommunen die rechtzeitig in eine kritische Prüfung investieren, können durchaus für einen konkreten Standort eine Handhabe gegen diesen finden.

Die Standortgemeinden werden nämlich von den Genehmigungsbehörden beteiligt.

Um ihre Rechtsposition zu wahren, müssen sie aber zwingend innerhalb von zwei Monaten ab Eingang des Beteiligungsschreibens und der Unterlagen in der Stadt- oder Gemeindeverwaltung ihr Einvernehmen versagen.

Der Landkreis Emsland fordert z. B. bereits seit Oktober 2010 die Vorlage eines Keimgutachtens, das Auskunft über mögliche zusätzliche Keimbelastungen gibt.

Auch die Brandschutzgutachten scheinen nicht ausreichend zu sein und müssen kritisch geprüft werden.

Unseres Erachtens sollte die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens kein Geschäft der lfd. Verwaltung sein! Der Rat sollte sich grundsätzlich die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen

Charlotte Ahrendt-Prinz  
Fraktionssprecherin